

Die Reichstagsneuwahlen!

Mit Bezug auf die Reichstagsneuwahlen hat die halbamtliche Nordd. Allgem. Ztg. eine Erklärung veröffentlicht, die offenbar berechnet ist, dem Streit um den Termin der Reichstagsneuwahlen ein Ende zu machen. Darin heißt es u. a.: „Dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen sind in der Presse Andeutungen vorausgegangen, als beabsichtige die Regierung, den Reichstag vorzeitig aufzulösen und mit einer unerwartet frühen Annahme der Neuwahlen

das Land zu überrumpeln.

Wir können mitteilen, daß nichts hinter diesen Gerüchten ist, die offenbar nur parteipolitischen Bedürfnissen ihre Entstehung verdanken. Es ist begreiflich, daß die Parteien in diesem so früh bevorstehenden Wahlkampf den Wunsch haben, die Wähler immer wieder zur Wachsamkeit zu ermahnen. Es wäre auch verständlich, wenn diejenigen Parteien, die mit ihren Wahlvorbereitungen fertig zu sein glauben und bis zum nächsten Herbst unter Umständen ein Abblauen gegenwärtig vorhandener Stimmungen befürchten können, lebhaft aus wohlthätigen Rücksichten auf einen schnellen Abbruch der Reichstagsberatung hinarbeiten. Die sachlichen Gesichtspunkte werden dabei allerdings in den Hintergrund treten müssen. Die Regierung dagegen hat diese Vorurteile und muß demgemäß Wert darauf legen, daß der Reichstag

hinzureichend Zeit

besitzt, um die wichtigen, ihm nach obliegenden Aufgaben in aller Ruhe und Sorgfalt zum Abschluß zu bringen. Die Regierung hat keineswegs dem Reichstage eine solche anerkannt wichtigere Vorlage gemacht und diese im Verein mit dem Reichstage zum Teil schon weit gefördert, um diese Arbeiten nun mitten auf dem Wege stehen zu lassen. Auch die Abgeordneten, die in den Kommissionen und im Reichstage mit Anstrengung gearbeitet haben, werden nicht wünschen können, daß die Frucht ihrer Mühen noch zum Schluß verloren geht. Danach scheint es als sicher festzustellen, daß die Neuwahlen im Herbst dieses Jahres vorgenommen werden sollen. Allerdings fehlt es auch nicht an Stimmen, die der Regierung immer wieder raten, die

Neuwahlen im Januar 1912

erit vorzunehmen, damit die Gesetzgebungsarbeit nicht abbrochen werden muß. Demgegenüber steht jedoch die Regierung auf dem Standpunkt, daß die Wahlzeit möglichst spät für die Aufregungen eines Wahlkampfes gewählt sein würde. Man hält deshalb regierungsgeliebt an dem Spätherbst als Zeitpunkt für die Neuwahlen fest. Im Zusammenhang mit diesem Wahltermin ist übrigens eine Nachricht erwähnenswert, die in den letzten Tagen durch französische Blätter ging. Danach habe Herr v. Weismann-Hollweg im vorerwähnten Artikel bei der Neuwahlgratulation geäußert, er werde über das Jahr nicht mehr Reichsfunktionär sein. Das Gerücht ist natürlich erfinden. An den

Minister des Reichskanzlers

ist vorläufig nicht zu denken. Am allerwenigsten aber wird die Zusammensetzung des kommenden Reichstages in der Lage sein, einen Kanzlerwechsel herbeizuführen. Man hat sich in Regierungskreisen völlig mit der Möglichkeit vertraut gemacht, daß die Neuwahlen eine regierungsfreundliche Mehrheit ergeben; aber man hofft doch auch andererseits immer noch, daß es gelingen wird, alle Mittelparteien um eine gemeinsame Wahlparole zu fesseln. Schließlich aber ist auch die Frage einer sofortigen Auflösung des neuen Reichstages bereits erwogen worden, falls sich keine Arbeitsunfähigkeit herausstellen sollte. Wsch.or.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wird sich Ende Januar zu längerem Aufenthalt nach Rom

geben. Die Nachricht, daß der Monarch auf der Mittelmeerküste fremden Herrschern Besuche abstatten wird, bekündigt sich nicht.

* Bei der zukünftigen Reichsbehörde ist ein Gefangenentwurf betr. die Unfallversicherung bei Arbeiten, die freiwillig zur Rettung von Personen und zur Vergütung von Gegenständen vorgenommen werden, in den Grundrissen fertig gestellt worden. Die Annahme, daß dem Reichstage noch in dieser Tagung eine entsprechende Vorlage eingebracht werde, dürfte aber nicht zutreffen. Angesichts der Überbürdung des Parlaments mit gesetzgeberischen Aufgaben ist in Aussicht genommen, den Entwurf erst in der nächsten Tagung einzubringen.

* Im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte auf eine Anfrage nach dem Schicksal der Reformvorlage der Minister des Innern v. Dallwitz, es sei in der Thronrede keine neue Wahlrechtsvorlage angekündigt worden, weil die Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses völlig unverändert seit der vorigen Vorlage geblieben ist. Die Gegenstände zwischen den Parteien haben sich eher mehr verschärft. Ein neuer Erfolg hätte die beherrschende Entfremdung vertiefen müssen, die zwischen den Parteien eingetreten ist, auf deren Zusammenarbeiten die Regierung großen Wert legt. Die Regierung muß daher mit einer neuen Wahlrechtsvorlage abwarten, bis diese scharfen Gegensätze genügend gemildert sind.

Cherweid-Illyrien.

* Die Nachrichten von einer Verschlimmerung im Gefolge des Kaisers Franz Joseph bekümmern sich nicht. Der Monarch ist von seinem Kaiserthum wieder hergestellt und darf bereits Ausfahrten machen.

Frankreich.

* Blättermeldungen zufolge wird das Budget des Kolonialministeriums in diesem Jahre die Aufstellung von drei Regimentern eingeborener afrikanischer Schützen, bestehend aus Kongo Leuten, enthalten. Die neue Streitmacht wird insgesamt eine Stärke von 4800 Mann aufweisen, die in der Kongozone erhalten werden. Frankreich macht somit den Anfang zur Schaffung seiner vor längerer Zeit angekündigten starken Kolonialarmee.

England.

* Wie aus London berichtet wird, steht in einigen Monaten ein weit reichender Kaufvertrag der Seeleute und Transportarbeiter bevor, an dem auch die Seefahrer in Deutschland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien, Dänemark und in den Vereinigten Staaten teilnehmen würden. Bisherig schwebten an den in Frage kommenden Stellen noch Verhandlungen, um den Streit zu verfechten.

Italien.

PR Nachrichten aus Rom besagen, daß alle Gerüchte von einem bedrohlichen Zustand in der Gesundheit des Papstes unzutreffend sind. Der Papst hat in den letzten Wochen das Tagesprogramm jederzeit durchgeführt. Es wird jedoch angegeben, daß der Papst seit Monaten in ärztlicher Behandlung ist und daß die behandelnden Ärzte vergeblich darauf dringen, daß sich der Papst Schonung auferlege. Aber die Art der Krankheit wird Schweigen beobachtet.

Dänemark.

* Englische Blätter haben vor einigen Tagen das Märchen verbreitet, daß Kaiser Wilhelm bei der dänischen Regierung energische Schritte unternommen habe, um die Durchführung der seit langem angekündigten Landesverteidigungspläne zu verhindern. Demgegenüber stellt jetzt der Minister des Äußeren ausdrücklich fest, daß von Seiten Deutschlands kein derartiger Eingriff in die dänische Politik verhandelt worden sei.

Portugal.

* Raum hat die Regierung mit der Beilegung des Eisenbahnerstreiks einen Erfolg zu verzeichnen, so am wenigsten ihr bereits wieder neue Schwierigkeiten, indem sich die Arbeiter verweigern, dem Streik nachzugeben. Die neuen Verhandlungen müssen somit ergebnislos enden.

sie sich im Falle einer ersten Krise nicht unbedingt auf die Truppen verlassen können.

Aus dem Reichstage.

Am 14. d. Mtz. wurde im Reichstage zunächst die Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch fortgesetzt. Der § 248 a handelt von dem (meist gefährlichen) Raubdiebstahl. Bei der Abstimmung über einen Antrag betr. die Straflosigkeit des Diebstahls aus Not ergab sich Befreiungsmöglichkeit des Täters. In der eine Viertelstunde später stattfindenden Sitzung wird der Antrag, das Betreten fremder Wohnungen, angenommen, mit der Einschränkung, daß der Raubdiebstahl unter Umgehung des Betretens der Wohnung durch den Täter begangen wird. Sodann wird der Verjährungsantrag beraten, der nach der Kommissionsfassung angenommen wird. Die von der Novelle neu eingeführte Zuständigkeit der Zurücknahme des Strafantrages bei Verjährung



General-Feldmarschall Graf v. Saldern. Zur Feier seines 75. Geburtstages am 19. d. Mtz.

bruch, sowie die Gleichstellung des Fernsprecheigentümers mit dem Telegrameigentümer wird ohne Debatte angenommen.

Am 16. d. Mtz. steht die zweite Lesung des Zuwachsgesetzes auf der Tagesordnung. Abg. Graf v. Saldern (kon.): Meine politischen Freunde in ihrer überaus großen Mehrheit stimmen nicht nur dem im § 1 zum Ausdruck gebrachten Grundgedanken zu, sondern auch den Kommissionsbeschlüssen über Haupt. Was uns zu jeder Zustimmung bewegt, sind nicht so sehr Erwägungen wegen des Anstieges auf dem Wohnungsmarkt und Grundstückspreise, es wird da sehr auf der Abwärtsentwicklung von Grundbesitzern auf den Markt ankommen. Der von Grund und Boden ruhig bewirtschaftet, bleibt von der Steuer frei, ebenso der durch eigene Arbeit geschaffene Wertzuwachs. Gestritten von der Steuer sollen nur diejenigen Grundstücksverkäufe werden, die sich infolge des Anstieges der großen Städte ergeben, infolge der Ausdehnung der Industrie, des Ausbaues von Verkehrsunternehmungen.

Die Wodenpensation

soll gefast werden, während der Hausbesitz und das Hausvermögen möglichst geschont werden sollen. Eine adäquate Anweisung des Gesetzes würde große Gefahren mit sich bringen. Das Gesetz muß so erhalten bleiben, daß es einen nennenswerten Ertrag bringt. An den Gedanken weiterer Abschattungen werden wir nur mit der allergrößten Vorsicht herantreten.

Reichstagsabgeordneter Wermuth: Ihre letzte Entscheidung fällt nicht nur über den Gedanken der Reichszuwachsteuer, sondern der Zuwachsteuer auch für die Gemeinden. Ich möchte nicht noch einmal Statistiken beibringen dafür, daß das Reich der Hauptverheber der außerordentlichen Verschärfung ist, die seit seiner Gründung eingetreten ist. Es wird genügen, wenn ich darauf hinweise, daß unter Aufhebung der Steuer die Veränderung des Reiches fast verdrängt, der Verkehr in unserm größten Hafen sich vermindert, die Kolonialproduktion vermindert und die Beschäftigung der Großstädte vermindert hat. Dem Reich gebührt also, daß diejenigen, denen die Verschärfung zugeworfen ist, zu den Ausgaben des Reiches beitragen. Die fernerste Tätigkeit der Gemeinden in allen Dingen! Aber ich glaube, sie wird durch die im Entwurf des Gesetzes dargehaltene Lücke reichlich abgedeckt. Sie entscheiden hier über

eine Besitzsteuer.

eine Steuer, mit den gleichen Grundgedanken und

Grundgedanken, mit gleichwertigen Voraussetzungen und nicht scharferen Rückstellungen, wie andre Besitzsteuer aus. Beide Vorschläge haben den Grundgedanken zugrundeliegen. Ich lese und höre, daß weitere Verhandlungen im Werke sind, aber es gibt auch eine Abschwächung, die eine Vereinfachung der Besteuerung heißt. Die Bestimmungen sind bereits jetzt sehr milde gehalten. Der Einfluß der Steuer auf die Verteilung des Geldes ist für Ihre Beschäftigung von entscheidender Bedeutung. Da kann ich nur sagen, daß unter Schätzungen auf herkömmlichem Gebiete der Besteuerung außerordentlich nahe zu kommen pflegen. Wir haben von dem vorläufigen Entwurf die Aufwendungen für das Meer abgezogen und den Rest für die Verteilung zur Verfügung gestellt, für die wir auf andre Weise keine Mittel finden machen konnten.

Abg. Marx (Zentr.): Wir sind Anhänger des Gedankens, daß der unverdiente Wertzuwachs befreit werden muß und wollen nicht nur den Gemeinden das Recht zubilligen, eine solche Steuer zu schenken. Wir wollen aber auch nicht die Verteilung dazu benutzen, um nur den Schatz zu erneuern, daß etwas zulande komme. Wir dürfen aber auch nicht die

Stärke der Rechtlichkeit und Billigkeit

betonen. Wir wollen auch nicht eine neue Belastung des Nationalvermögens. Auf die schönen Rollen und Beispiele des Staatsrechts kann ich hier nicht eingehen. Mit solchen Beispielen muß man sehr vorsichtig sein, denn es lassen sich ebenso viele Gegenbeispiele anführen. Das Gesetz hat nicht leicht die Frage der Verteilung des unverdienten Wertzuwachses gelöst, sondern durch allerlei rechtliche Manipulationen einen Erfolg zu erzielen versucht. Hierin liegt die Schwäche des Gesetzes. Der alte eingefessene Geist wird wesentlich getroffen. Wir werden an der Aufhebung des Vermögenswertes festhalten. Wir stehen auf dem Boden des Gesetzes in seinen Grundgedanken, hoffen aber, daß für die Übergangzeit gewisse Erleichterungen geschaffen werden.

Reichstagsabgeordneter Wermuth: Angesichts der vorliegenden Ausschussentscheidungen erscheint es mir zweifelhaft, in welcher Weise wir für die Verteilung sorgen sollen. Die Pflicht der Verteilung liegt aber der Regierung nicht allein ob, sondern auch dem Reichstage. Der Vorwurf, daß wir bei Ausarbeitung der Vorlage bureaukratisch verfahren seien, trifft nicht zu. Wir haben vorher eingehende Erhebungen gemacht und sind mit allen Interessenten in Verbindung getreten. Wenn man unter Berechnungen beachtet, so möge man ihnen Gegenrechnungen, aber nicht bloß allgemeine Behauptungen entgegenbringen. Abg. Söhre (Fog.): Wir wünschen, daß ein solches Gesetz in die Reichstagsgesetzgebung eingeführt wird, weil wir darin ein neues Steuerprinzip sehen, weil wir in ihr eine Verteilung, eine Art Vermögensverteilung sehen. Was uns als Zweckmäßigkeit vorkommt, ist allerdings anders als das, was die Kommission gemacht hat. Die Gemeinden müssen der Verteilung der Steuer sein. Sie müssen den Hauptertrag davon haben. Diese Steuer bewirkt, daß die Reichsfinanzreform eben doch nicht so geographisch geteilt gebracht hat, als man bisher jubelnd verkündet.

Man braucht die Zuwachsteuer.

um den Staat zu balancieren. Nehmen Sie diesen ersten Versuch und den Etat fällt trotz der von Ihnen so gerühmten Reformen zusammen.

Abg. Dr. Weber (nat.-lib.): Meine Freunde haben nach wie vor auf dem Grundgedanken des Gesetzes. In manchen Einzelheiten können wir diesem allerdings nicht zustimmen. Wenn wir hier ein Gesetz schaffen, das für die reichsweiten Gegenden Deutschlands gelten soll, so muß es eben auch die verschiedenartigen Verhältnisse berücksichtigen. Die Vermögensverteilung hat eine besondere hohe Form einer Steuer dar. Die Steuer bewirkt auch einen schmerzlichen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Abholzung mit ihren unheilvollen Wirkungen soll davon abhalten, die Zuwachsteuer abzuheben. Wenn auch die Ausführungsvorrichtungen möglichst geändert werden sollen, so bedeutet dies doch nicht die wahllose Abschaffung durch die unteren Behörden. Der Wertzuwachs, der auf die eigene Arbeit des Besitzers zurückgeht, darf keinesfalls unter keinen Umständen herangezogen werden. Der Höhe konnte aber den Arbeitern seinen schmerzlichen Dienst erweisen, als auf den Grundbesitz und Hausunternehmer zu schreiten, von denen die Gemeinden ein großer Teil der Arbeit abhängt ist.

Abg. Cuno (Fog.): Die Steuer ist gewiß von großem Interesse. Die Abholzung der Steuer läßt sich allerdings nicht vermeiden, sie hängt von Angebot und Nachfrage ab. Die sog. Willkürbauern sollten am liebsten von der Steuer getroffen werden, sind aber in der Vorlage am wenigsten zu treffen.

Larant verlegt sich das Haus.

berechtigten ihn, sich beinahe schon „mit dazu“ zu rechnen.

Auch seine Einführungen in die „Gesellschaft“ war natürlich seine Zufallsache gewesen. Am Ende hatte mit ganz wunderbarer Präzision von Anfang an daran gearbeitet und war — durch Vertram Van Benthuysen — Livingston endlich dazu gekommen.

Vertram und Konstantin hatten keine Eltern mehr. Von beiden Geschwistern war Vertram der Jüngere. Um zwei Jahre unglücklicher. Als die zwei Waisen waren keineswegs sehr zu bedauern. Der alte John Van Benthuysen — Livingston hatte lange genug gelebt, um sein von seinen holländischen Vorfahren ererbtes Vermögen zu jener echt amerikanischen Höhe zu bringen, von der die ährige Menschheit nur eine kleine schwindelnde Ahnung hat. Als verhältnismäßig kleiner Kaufmann begab sich, war John Livingston allmählich zum größten Kaffeehändler der Vereinigten Staaten geworden.

Blühend: Händler, nicht Spekulant, denn es widerstrebt ihm als ehrlichen Kaufmann, ein „Spieler“ zu sein. Und als er starb, da teilte sich die beiden Kinder zu gleichen Teilen in das Vermögen, da ihm seine Frau schon längst vorangegangen war.

Vertram oder „Vertle“, wie er allgemein genannt wurde, hatte das „Geschäft“ in die Hand genommen und führte die großen Kaffeekampagnen mit viel Glück und Gewinn. Dabei hatte er sich mit der großen englischen Firma Wardlaw und Company verbunden, so daß sie beide tatsächlich den Kaffeemarkt kontrollierten. Es war eine Art Trust zu zweien.

Der Kaffee-Corner.

1) Roman aus der Gesellschaft New York von Curus Tommas und Brady

L. Mit Konstantin Van Benthuysen-Livingstone hatte das angenehme Alter von fünfundsiebzig erreicht. Von alter, angesehener Familie, großem Vermögen und gesünder Lebenslage, wußte sie unter allen Umständen beibehalten zu wollen, eine führende Rolle in der Gesellschaft zu haben, selbst wenn diese Eigenschaften die einzigen gewesen wären, die sie dazu berechtigt hätten. Wenn zu diesen Umständen aber noch eine tadellose Schönheit des Äußeren wie der Gestalt, eine vielseitige Bildung, ein vornehmer Geist und eine erhabene natürliche Kamur kam, so war es nicht länger zu verwundern, daß ihr jahrelang als der erklärten Königin der New Yorker Gesellschaft gebührend wurde.

Welt wunderbarer war es, daß Mit Livingston nicht geheiratet hatte, und kein Mensch, sie selbst auch nicht, wußte einen Grund dafür anzugeben. An Gelegenheit dazu hatte es ihr wahrhaftig nicht gefehlt und auch nicht an den nötigen Voraussetzungen.

Mit Livingston war tatsächlich nicht mehr als einmal wirklich verliebt gewesen, oder hatte wenigstens geglaubt, es zu sein; zweimal hatte sie sich sogar offiziell verlobt und sehr viel öfter galt sie für „so gut wie verlobt“, und der

*) Unberechtigt nachher mit verfolgt.

Himmel weh, wieder Männer sich schon für sie „in Liebe verkehrt“ hatten. Denn es gab wahrhaftig wenig Mädchen auf dem Heiratsmarkt, von denen so viel Jauber ausging, wie von ihr.

Auch jetzt noch, denn das Alter — und fünfundsiebzig Jahre sind für ein Mädchen immerhin schon ein stattliches Alter — hatte ihr, wie sie selbst sagte, nichts anhaben können, und viele behaupteten, daß sie gerade jetzt hübscher, anmutiger und begehrenswerter sei als je.

Das Leben war purlos an ihr vorübergegangen. Das heißt nein... Das „Unbedeutende“ der Jugend hatte sie glücklich abgestreift und in ihre Schönheit war etwas Abgefärbtes, wunderschön Reifes gekommen.

Sie hatte viel gelesen, viel gelernt, viel gelebt. Sie kannte die Gesellschaft so gut wie ihr Abt.

Sie hatte in allen Mächten gewalltet. Auch im Buche des Lebens, und es war ihr hoch anzuzurechnen, daß sie durch die Erfahrungen, die sie aus diesen geschöpft, sich trotzdem ihre Lebensfreude erhalten hatte.

Sie hatte vom Baum der Erkenntnis geschmeckt, ohne aus dem Eden vertrieben zu werden, und war zu gelunden Charakters, um es von selbst zu verlassen.

freiwillig ändern, jüngerer Händen überlassen. Sie hatte abgedankt, ohne ganz zu entsagen. Sie war eben ein ganz klein wenig schon müde. Nicht etwa des Lebens; nein, der Gesellschaft und — ihrer Banalitäten.

Natürlich war sie auch in ihrer Zurückgezogenheit nicht ohne Anbeter und Bewunderer geblieben.

Der hartnäckigste war der sehr ehrenwerte Reginald Kensington Millgren von Smith-Pogis, ältester Sohn und Erbe des ebenso ehrenwerten John William von Smith-Pogis, ersten Baron von Revallstone.

Dieser junge Engländer, der das hohe Alter von vierundzwanzig Jahren schon erreicht und alle Erfahrungen eines alten Mannes schon gesammelt hatte, war „wahnsinnig“, leidenschaftlich und — hoffnungslos in Mit Livingston verliebt. In Kammer der Altersunterschied nicht so viel. Er war ihr Sklave und wollte es ewig bleiben. Auch wenn sie ihn nicht nahm. Und daß sie ihn nicht nahm, war ganz gewiß.

Ein zweiter Bewerber war Mr. Cunningham Cutler, in Firma Cutler, Dremit und Company, die die größten Kaffeemäster New Yorks waren.

Mr. Cutler wurde allerdings noch nicht so recht zu den obersten Hunderten gerechnet, aber es hieß, er werde bald reich genug sein, um auch dieser Ehre teilhaftig zu werden. Seine Geschäftsverbindungen, die lokal ausgebeutet waren, hatten ihm erlaubt, in dem beliebigen Kreise aber doch festen Fuß zu fassen, und seine fabelhaften Abschnersolge

Deutschland über

Aber ein Blick in die Times: ... der Moghabbe Golf in Ang ... wischen und werden, denn ... Gebiet erzie ... Lebensinter ... nicht, daß D ... Interessen ... die Wirklich ... Schloß ... ihren Vorbe ... Verhandlun

einsteigt ha ... daß sie ein ... von Frankr ... rüstung wü ... denen vor ... noch vertie ... schick der ... Ballweg h ... können, daß ... würde, gleich ... wie auch mit ... denn der D ... wußt sein, b ... wüßte Aufst ... hatten haben ... weiteren Vor

haben wüß ... nur ein ... ersten M ... noch nicht zu ... lassen auf ... Times' spr ... ihn sonst ... ganz beland ... plante. In G ... deren deutl ... stehen zu ... Verabreichung ... zu ei ... menslich un ... die an die ... Deutschlan ... wenn sich ... entgegenkom ... schick die u ... schließig zu

— Der ... bestimmt, ... dieses als ... schickfaden ... trauen. We ... die nicht die ... den schick ... merische lei ... liegende Rom

— Die I ... letzten im ... 11. Januar ... Denkschrift ... (soll), womit ... die Gefamit ... Durch d ... 1. April beg ... los Milt ... Abklärung um ... Wahl auf ... 1904, 2575 ... 1126 Geme ... von F ... nach beim ... die P ... 15 630 Adje ... vermindert.

— Nach e ... Die bei ... wüßens, b ... schickfaden ... schickfaden ... Mit Livingston ... hatte ihr G ... Parteien an ... Bedürfnisse ... Milt ... sie von ihr ... legt auf ... wußte sie ... und ihm ... die Schw ... Auch F ... wüßens Spe ... wußt jeder ... wußte, daß ... kommen. ... Es wüß ... wüßte zu ... Sie kam ... Er war ... höher ver ... wüßte. De ... haben. So ... Mit Livingston ... wüßte aus ... Jahre alter ... wüßte, w ... wüßte, als zu den